

Sehr geehrte Damen und Herren!

Da die regionalen Gruppen unseres Vereins gemäß Beschluss des Vorstandes weitgehend autonom arbeiten habe ich mir erlaubt Ihre Anfrage vorerst an die Leiterin von Trans-Austria Rosenheim, Frau Carola Huber mit der Bitte um eine Stellungnahme weiterzuleiten. Die entsprechende Antwort liegt nun vor und ist auch an Sie ergangen.

Trotzdem erlaube ich mir als Vorsitzende von Trans-Austria dazu noch meine eigene Einschätzung mitzuteilen.

Mir ist keine der im Bündnis Rosenheim Nazifrei zusammengeschlossenen Gruppen näher bekannt und ich kenne keine Vertreter dieser Gruppen persönlich, aber ich halte es auf Grund der derzeitigen politischen Situation und des Rechtsrucks der Gesellschaft, der einhergeht mit dem Abbau von Solidarität und Humanismus, sowie mit laufenden Forderungen nach Einschränkung der, vor allem nach der Befreiung Europas im April und Mai 1945, hart erkämpften BürgerInnenrechte für sehr wichtig Stellung zu beziehen und zu versuchen die Gesellschaft wieder zusammenzuführen anstatt sie zu spalten, wie wir das derzeit sehr schmerzlich auch im laufenden Wahlkampf zum österreichischen Nationalrat erleben.

Gerade beim Thema Transidentität und anderen LGBTIQ-Themen waren es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets immer linke Parteien und Gruppierungen wo wir Unterstützung und solidarische Hilfe gefunden haben und finden. Erst kürzlich haben wir im Abstimmungsverhalten der Parteien zum Thema Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtlich liebende Menschen wieder erleben müssen wie die politischen Parteien mit unseren Rechten umgehen. Während es in Deutschland, dank der Tatsache, dass Bundeskanzlerin Merkel ihrer Partei das Abstimmungsverhalten freigegeben hat, nun doch zu einem Meilenstein in Richtung Gleichberechtigung und Antidiskriminierung gekommen ist, mussten wir erleben wie im österreichischen Nationalrat ÖVP und FPÖ in einer gemeinsamen Front diese Rechte auch weiterhin blockieren.

Die Ereignisse und Gewaltexzesse in Hamburg, anlässlich des G20-Gipfels erschüttern natürlich auch uns sehr und werden von uns entschieden abgelehnt. Wie sich aber inzwischen herausgestellt hat waren nicht nur linke Chaoten, sondern durchaus auch rechte Gruppierungen daran beteiligt, und das Konzept der Hamburger Polizei mit den zu erwartenden Demonstrationen umzugehen stellt sich nun im Nachhinein auch als absolut untauglich im Sinne der Deeskalation heraus. Es wurden also offensichtlich auf allen Seiten Fehler gemacht und ich vertraue auf den Rechtsstaat und die deutsche Justiz, dass diese Dinge aufgeklärt und alle daran beteiligten GewalttäterInnen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Egal ob sie Pflastersteine geworfen, Auslagenscheiben eingeschlagen, Autos angezündet oder mit Tränengas und Knüppeln brutal gegen friedlich demonstrierende Menschen vorgegangen sind. Wie gesagt, es ist Sache der deutschen Justiz hier Klarheit zu schaffen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Ob und inwieweit auch Mitglieder der Infogruppe Rosenheim als Gewalttäter an den Ausschreitungen beteiligt waren, entzieht sich nachzeitigem Wissensstand unserer Kenntnis. Frau Huber hat schon geschrieben, dass sie sich nicht vorstellen kann, dass jene Menschen, die sie persönlich kennt sich an solch verabscheuungswürdigen Verbrechen, wie sie in Hamburg begangen worden sind beteiligt gewesen sein könnten. Und selbst wenn es so gewesen sein sollte, so waren die einzelne Personen aber sicher nicht die Infogruppe Rosenheim als solche. Keine Gruppe, und kein Verein kann stets garantieren, dass nicht einzelne Mitglieder persönliche Schuld auf sich laden. Aber selbst wenn so etwas passiert darf es nicht zur "Sippenhaftung" kommen. eine solche "Sippenhaftung" sollte auch seit dem April und Mai 1945 endgültig überwunden sein. Des Weiteren hat der Rechtsgrundsatz "*In dubio pro reo*" auch bin dieser Angelegenheit zu gelten. Solange also die deutsche Justiz die Sache nicht aufgeklärt und die Schuld der Infogruppe Rosenheim bewiesen hat sehen wir keinen Grund diese Gruppierung aus dem Bündnis auszuschließen und werden einem eventuellen Antrag auf Ausschluss zu derzeitigem Zeitpunkt auch unsere Zustimmung verweigern. Des Weiteren wird Trans-Austria Rosenheim auch dann im Bündnis Rosenheim Nazifrei mitarbeiten, wenn ihm Infogruppe Rosenheim weiterhin angehört. Antifaschismus ist für uns einfach zu wichtig, als dass wir uns bereits ohne dem Vorliegen konkreter Beweise, dass jemand straffällig geworden ist, und nur auf Grund von Vermutungen, spalten zu lassen.

Ich vertraue hier auf die Einschätzungen von Frau Huber, die die Situation vor Ort und die Menschen dort persönlich kennt und daher zum gegebenen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen treffen wird.

Ich hoffe, dass ich damit ihre Fragen beantworten konnte und verbleibe

mit freundlichen Grüßen aus Wien